

# Die Welt

## Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der in diesem zu erscheinende Belegbogen ist reichhaltig, inhaltlich vollständig und hat eine sehr gute Gestaltung. Die in dem Belegbogen enthaltenen Nachrichten sind stets nur die Besten für die kommende Woche. Einmal der Preisangabe: Jeder die vorzuziehen.

Die Preislisten werden von Reichel-Verlag berechnet; die Preise sind freibleibend. Verlagsort: Halle, Promenade 1a. Druck: Druckhausstraße 11. Verleger: Hermannsnummer 743, Druck-Verlag, „Eisenzeitung Halle'sche“, Druck-Verlag, Danneberg-Reichel-Verlag, Halle a. S. Postfach-Nr. 4652. Erfüllungsort: Halle a. S.

### Notstandsarbeit oder Dienstpfl.?

Das Arbeitslosendasein und seine Bekämpfung.

Die Arbeitslosigkeit nimmt leider hier überhand. Batten wir am 1. November im unbesetzten Deutschland 943 000 untertätige Erwerbslose, so ist diese Zahl am 15. November bereits auf 1 250 000 gestiegen. Sogar tritt noch die große Gefahr heran, die nur noch als kurzzeitige Lücke sein können. Die ist am 15. November auf 1 772 000 kurzzeitige im unbesetzten Deutschland gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen in den besetzten Gebieten wird immer noch auf mehr als 2 000 000 Personen geschätzt, wobei noch nicht mitgerechnet ist, daß genaue Kennen der zugehörigen Verhältnisse im besetzten Gebiet diese Zahl als zu niedrig erweist. Wenn man diese Zahlen zu erwägen sucht, in ihrer Bedeutung und Tragweite, dann ergibt man einen Begriff von den ungeheuren Summen, die an Geld für Arbeit für die Erwerbslosen zu zahlen ausgehen müssen. Sogar kommt noch, daß diese Summen hier durchweg nicht zur Vermehrung des Volkvermögens beitragen, da bis auf geringe Ausnahmen unsere gesamte Erwerbslosenziffer lediglich auf den Unterhaltungsbedarf an den Erwerbslosen und nicht auf eine entsprechende Gegenleistung des Erwerbslosen in Arbeit abgestellt ist. Werden doch von den Erwerbslosen die großen Städte die Straßen noch nicht einmal dem Schnee geräumt, werden also noch nicht einmal die primitivsten Notstandsarbeiten ausgeführt.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat nunmehr auf Grund des § 16 der Verordnung über Erwerbslosenzulage vom 1. November 1923 und auf Grund der §§ 1, 9 und 12 der Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 15. Oktober 1923 Richtlinien und Bestimmungen über die öffentliche Notstandsarbeit herausgegeben. Diese Notstandsarbeiten sollen 4% der Kosten des Arbeitslosenzulageplans betragen. Man merkt aus ihnen, daß ein guter Arbeiter nicht für die Notstandsarbeiten mehr wert ist als bisher zur Durchführung bringen muß. Aber schon die Länge der Arbeitsdauer dürfte Beweis genug sein, daß der ihr imwohnende kurzzeitige Geist das gestellte Ziel nicht recht erreichen wird. Und diese Anordnung über Notstandsarbeiten wird so manche ihrer Sorgen erregender daran fühlern, daß die Erwerbslosen nicht mit der notwendigen Energie zu Arbeitsleistungen zusammengebracht werden, um sich durch eigene und fremde Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen zu können. Der Reichsarbeitsminister hat hier, soher, daß nur die Arbeitslosenzulage durch Erhebung der Jugendlichen unserer Reichsteile entfallen kann und auch die notwendige organisatorische Voraussetzung gibt, mit den Arbeitslosenzulage die Notstandsarbeiten durchführen zu können.

### Der Arbeitstag der Beamten.

Ein Regierungsvorschlag: 8stündige Arbeitswoche.

Berlin, 3. Dezember. Schon das erste Kabinett Stresemann hatte eine Verlängerung der Arbeitstag der Beamten grundsätzlich beschlossen, die allerdings nur dann, wenn an allgemeine Erhöhung der Arbeitsleistung herangezogen werden soll. Das Reichsministerium des Innern wurde damals beauftragt, dem Kabinett einen entsprechenden Vorschlag zu machen. Dazu ist die Regierung, die im August 1923 verabschiedet worden. Die Reichsregierung hat nunmehr beschlossen, die Arbeitstag der Beamten auf 8 Stunden zu setzen, und zwar für eine monatliche Arbeitszeit von 34 Stunden in der ersten Hälfte des Monats. Das Kabinett wird nach Anhörung der Spitzenorganisationen in nächster Zeit beschließen.

Auf eine deutschnationale Anfrage ist folgende Antwort eingegangen:

- 1. Die Verhandlungen über die Festlegung von Gehältern für die Arbeiter sind abgeschlossen. Am Auschluss hierin sind die Vorschläge für die Festlegung von Gehältern für die Beamten im Gange. Es ist beabsichtigt, den Beamtengehältern in den verschiedenen Lebensstufen die Besätze in voller Höhe in wertbeständigen Zahlungsmitteln zu zahlen, sobald dem Reiche solche in ausreichendem Maße hierzu zur Verfügung stehen.
- 2. Die vierjährige Herauszahlung der Beamtengehälter soll so bald wie möglich wieder durchgeführt werden, zu welchem Zeitpunkt die Wehrungs- und finanzpolitischen Verhältnisse im Reiche derzeit befristet sein werden, daß die Gründe, die zu der Aufhebung dieser Herauszahlungen geführt haben, nicht mehr vorliegen. Bei der derzeitigen Finanzlage des Reiches war es bisher nicht möglich, die Besätze der Beamtenpensionäre und Hinterbliebenen in einem bestimmten gleichbleibenden Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten festzusetzen. Nach der bevorstehenden Festlegung dieser Besätze in Gold wird jedoch ein im wesentlichen unveränderliches Verhältnis zwischen ihnen und den Kosten der Lebenshaltung entstehen. gez. Dr. Luther.

### Emminger über seine Ministeraufgaben.

Ansprache zwischen Reich und Bayern.

Reichsjustizminister Dr. Emminger hat dem Berliner Vertreter der „Morgenspost“ auf die Frage nach den Gründen seines Eintritts in die Reichsregierung u. a. erklärt: „Ich hielt es für meine Pflicht, in das neue Ministerium einzutreten. Ich glaube, daß mein Eintritt der politischen Lage, zu der mein Parteiverständnis während der ganzen Krise mit unserer Stellung eingenommen hat, entspricht. Ziel war die Herbeiführung einer billigeren Wirtschaft. Dieses Ziel wurde nicht erreicht, obwohl es sicherlich der Wunsch war, die Wirtschaft des ganzen deutschen Volkes zu fördern. Die sämtlichen bürgerlichen Parteien sind hier oder näher gekommen, und wenn auch mit Rücksicht auf die Wiederherstellung des großen Zieles die Parteien als solche sich eine gewisse Zurückhaltung annehmen mußten, so erschien es doch unabweisbar, durch Bildung eines Verbindungsausschusses die Möglichkeit zu schaffen, die gegenseitige Annäherung nicht in ein Gegenteil umzuwandeln zu lassen. So konnte nicht als Sonderminister beizutreten, aber ich hielt mich aus der Möglichkeit, gerade als Bsp. in das Kabinett einzutreten.“

um zu versuchen, die Spannung, die zwischen Berlin und München noch besteht, lösen zu helfen. Daß eine gewisse Entspannung schon eingetreten ist, kann nur der Meinung, der in einer Befürchtung ein egoistisches Interesse hat. Ich möchte meine Probleme rein politisch nehmen und in den Zahl zusammenfassen: Dem Reiche, was des Reiches ist, und Bayern, was Bayerns ist, aber, ein stärkeres Bayern in einem einheitlichen Reich.“

### Das zweite Ermächtigungsgesetz.

Der Inhalt des Gesetzes.

Berlin, 3. Dezember. Wie die „Telegraphenunion“ erzählt, hat das Reichsamt in seiner letzten Sitzung beschlossen, dem Reichstag in seiner ersten Sitzung ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen, durch das die Reichsregierung Befugnisse erhält, um Maßnahmen zu treffen, die im Hinblick auf die Not des Volkes und des Reiches notwendig sind und dringlich sind. Die Gesandten des Reiches, was sich als ein ausgesprochenes Notgesetz charakterisiert, soll auf kurze Zeit, wahrscheinlich bis 15. Februar 1924, befristet werden. Der Reichstag ist für morgen nachmittag 3 Uhr einberufen.

Reichsminister Marx hat dem Reiche eines Chefs der Reichspräsidialkommission des Reichsamt der Reichsregierung, der a. D. Dr. Speiser, angeboten. Wahrscheinlich wird dieser dem Ruf Folge leisten. Bis vor Major a. D. Kalle, der Bruder des vormaligen Reichsamtbesorgers, an dieser Stelle tätig.

Berlin, 3. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Das Ermächtigungsgesetz geht u. a. Maßnahmen vor, in die Reichsverwaltung für das Gesamtministerium mehr als bisher einzugreifen, enthält weiter solche Maßnahmen für die Zeit der Not und fordert erneut die Aufrechterhaltung des Ausmaßes der Wirtschaft. Von gewisser Seite wird darauf hingewiesen, daß die Vollmacht, die verlangt werden, über den Rahmen eines solchen Ermächtigungsgesetzes hinausgehen und somit der Weidmittelmehrheit bedürfen.

### Amerika gegen den Reptobeschluß.

Das Zustandekommen des Sanjourkündigungsbeschlusses ist fraglich.

Paris, 3. Dezember. Dem Reptobeschluß wird aus Washington gemeldet, daß der Plan der Reparationskommission, so wie er von dem amerikanischen „Republik“ der Bundesregierung übermittelt worden ist, bereits im Weißen Hause geprüft wurde, und daß die amerikanische Regierung gestern nachmittag schon ihre Antwort nach Paris geschickt habe.

Diese Antwort ist, obwohl man noch keine Erklärung der Regierung darüber hat, eine Abweisung des Vorschlages der Reparationskommission. Dem Radio-Bureau wird im Hinblick auf diese Meldung aus Neu-York mitgeteilt, daß man dort auf Grund von Londoner Meldungen nicht übersehen möchte, daß der Plan der Reparationskommission auf Grund der Zurückweisung durch die Vereinigten Staaten vollkommen fallen gelassen würde.

Paris, 2. Dezember. Die Reparationskommission hat beschlossen, vorläufig keine Schritte über das Zusammenfallen der Vereinigten Staaten und den britischen Industriellen getroffen vorzunehmen, um die eben hergestellte Einigkeit „nicht gleich wieder zu erschüttern“. Der diplomatische Redakteur der „Agence Havas“ glaubt zu wissen, daß als französischer Vertreter in dem von der Reparationskommission eingesetzten Ausschuss für die Beratung der deutschen Finanzen wahrscheinlich der ehemalige Generaldirektor im Finanzministerium Barmontier gewählt werden wird.

Paris, 2. Dezember. Seit einigen Tagen werden die englischen Presse-Meldungen berichtet, wonach die Rüdiger zur „unabhängigen“ Befragung des Kabinetts beauftragt. Hier werden viele Nachrichten als verlässig bezeichnet, da man erklärt, daß seit dem Aufbruch der letzten gegenteiligen Veröffentlichungen ein Ablauf der Befragung geplant werde. — Es wird hinzugefügt, daß die Bildung einer starken Berliner Regierung, die im unbesetzten Deutschland unbestreitbar der Lage sei, eine weitere und nicht minder wichtige Voraussetzung für die teilweise Klärung bedeute.

### Der englische Währungsstreit.

Berlin, 3. Dezember. Die deutsch-englischen Verhandlungen über die Eintragung eines Währungsvertrages haben, wie der „Reutog“ hört, einen günstigen Verlauf genommen. Vorausgesetzt wird der Minister des Inneren, Dr. Stresemann, dem Reichstag am Dienstag hierüber nähere Mitteilungen machen. Nach unseren Informationen hat sich auch in einer Sitzung von 100 Millionen Goldmark, der zur Einführung der deutschen Währung dienen soll.

### Die Goldwährung im besetzten Gebiet.

Das Münzer Eisenbahnabkommen.

Berlin, 3. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Sondermeldung aus Koblenz hat die interalliierte Rheinlandkommission die Entscheidung über die Goldwährung von zwei einander getrennte industrielle Kongresse beschlossen. Es seien besondere Maßnahmen zur weiteren Vereinfachung der vereinigten Währungsangelegenheiten für den Fall, daß eine heimische Währungsreform gebildet wird. Die neue Goldwährung, die nur im besetzten Gebiet Gültigkeit haben soll, ist ausschließlich durch den Reichtum des Landes und durch eine Veranschlagung mit den im unbesetzten Deutschland ausgegebenen Währungen leben.

Ellen, 3. Dezember. Die deutsch-französischen Eisenbahnverhandlungen in Mainz haben gestern zu einem vorläufigen Abkommen über die Übernahme der Eisenbahnverwaltung der Weiderrücknahme des Hauptverkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet geführt. Falls die deutsche Regierung das Abkommen ratifiziert, soll am Montag, dem 10. Dezember, das Abkommen in Kraft treten. Abgeschlossen sollen Eisenbahnverträge für die Weiderrücknahme durchgeführt werden.

### 100 Jahre Monroedoktrin.

Die Politik „Amerika den Amerikanern“.

Am 2. Dezember, dem auch in der europäischen Geschichte vielfach bedeutungsvollen Tage, wurde die berühmte „Monroedoktrin“ der Amerikaner 100 Jahre alt. Es war der zweite Kongress seiner zweiten Amtsperiode, dem Präsident James Monroe mit jener Eröffnungsrede die Rede gab, in der der Grundgedanke „Amerika den Amerikanern“ am erstenmal vortrug wurde. „Amerika“ bedeutet nicht, die Vorkämpfer der Kraft „Amerika“ weiter noch keine Nachfolger haben der Doktrin die Auslegung gegeben, daß die Fortdauer europäischer Kolonialverhältnisse auf dem amerikanischen Kontinent unzulässig ist und den Interessen der Vereinigten Staaten sei. Politisch Erneuerungen solcher Gebiete sollten verhindert werden. Gerade das dem 2. Dezember 1823 folgende Jahr hat die Welt in einem großen Kampf gesehen, um die amerikanische Unabhängigkeit zu bewahren, und eine Einmischung der Union in sie ist gar nicht in Frage gekommen. Monroes Manifest bezog sich vielmehr auf gewisse englische Pläne, jene antipolitischen Bewegungen zu unterstützen, um selbst Fuß in bis dahin noch nicht englischen Gebieten zu setzen.

Das freilich über der Wortlaut der Doktrin hinaus allezeit Befreiungen gewährt haben, auch die älteren Befreiungen der Europäer im guten oder mit mehr oder weniger launlich Zwänge zu erziehen, hat eine hundertjährige Erfahrung zur Gewißheit erbracht. Die brutalsten Methoden, den offenen Krieg, haben die letzten Männer der Union angewandt, um Spanien aus Kuba und Puerto Rico hinauszumwerfen. Der führende Mann, daß die Spanier an der Erschöpfung auf dem Kriegespfade „Amerika“ Schuld trügen, mußte herhalten, um eine Einmischung in die militärische Schwäche der europäischen Mächte zu begründen. Selbstverständlich der geschwungenen, den kubanischen Rebellen überseeisch angeführten Munition vorlag, als die „Maine“ im Hafen von Habana in die Luft flog, aber gar ein vorzeitiger Anschlag, ist nicht aufgeführt worden. Spanien hat in jenem Unglücksfall von dem Reichtum seines Reiches verloren, aber es eine große Zahl von Kaufleuten der Amerikaner von 25 Milliarden Dollars allein für Kuba zurückgewiesen hatte, bei dem ihm der Fortschritt von Puerto Rico wenigstens vorläufig verbürgt worden wäre. Dadurch, daß kein Sold es auf den Krieg ankommen ließ, hat es nicht bloß beide großen Antillen, sondern auch die Philippinen ergriffen.

Ein Soldat haben sich die Nation zur Wehre bieten lassen. Monroedoktrin hat den Befehlungen des amerikanischen Vans Spanien im guten oder mit mehr oder weniger launlich Zwänge zu erziehen, hat eine hundertjährige Erfahrung zur Gewißheit erbracht. Die brutalsten Methoden, den offenen Krieg, haben die letzten Männer der Union angewandt, um Spanien aus Kuba und Puerto Rico hinauszumwerfen. Der führende Mann, daß die Spanier an der Erschöpfung auf dem Kriegespfade „Amerika“ Schuld trügen, mußte herhalten, um eine Einmischung in die militärische Schwäche der europäischen Mächte zu begründen. Selbstverständlich der geschwungenen, den kubanischen Rebellen überseeisch angeführten Munition vorlag, als die „Maine“ im Hafen von Habana in die Luft flog, aber gar ein vorzeitiger Anschlag, ist nicht aufgeführt worden. Spanien hat in jenem Unglücksfall von dem Reichtum seines Reiches verloren, aber es eine große Zahl von Kaufleuten der Amerikaner von 25 Milliarden Dollars allein für Kuba zurückgewiesen hatte, bei dem ihm der Fortschritt von Puerto Rico wenigstens vorläufig verbürgt worden wäre. Dadurch, daß kein Sold es auf den Krieg ankommen ließ, hat es nicht bloß beide großen Antillen, sondern auch die Philippinen ergriffen.

Ein Soldat haben sich die Nation zur Wehre bieten lassen. Monroedoktrin hat den Befehlungen des amerikanischen Vans Spanien im guten oder mit mehr oder weniger launlich Zwänge zu erziehen, hat eine hundertjährige Erfahrung zur Gewißheit erbracht. Die brutalsten Methoden, den offenen Krieg, haben die letzten Männer der Union angewandt, um Spanien aus Kuba und Puerto Rico hinauszumwerfen. Der führende Mann, daß die Spanier an der Erschöpfung auf dem Kriegespfade „Amerika“ Schuld trügen, mußte herhalten, um eine Einmischung in die militärische Schwäche der europäischen Mächte zu begründen. Selbstverständlich der geschwungenen, den kubanischen Rebellen überseeisch angeführten Munition vorlag, als die „Maine“ im Hafen von Habana in die Luft flog, aber gar ein vorzeitiger Anschlag, ist nicht aufgeführt worden. Spanien hat in jenem Unglücksfall von dem Reichtum seines Reiches verloren, aber es eine große Zahl von Kaufleuten der Amerikaner von 25 Milliarden Dollars allein für Kuba zurückgewiesen hatte, bei dem ihm der Fortschritt von Puerto Rico wenigstens vorläufig verbürgt worden wäre. Dadurch, daß kein Sold es auf den Krieg ankommen ließ, hat es nicht bloß beide großen Antillen, sondern auch die Philippinen ergriffen.

Am 2. Dezember, dem auch in der europäischen Geschichte vielfach bedeutungsvollen Tage, wurde die berühmte „Monroedoktrin“ der Amerikaner 100 Jahre alt. Es war der zweite Kongress seiner zweiten Amtsperiode, dem Präsident James Monroe mit jener Eröffnungsrede die Rede gab, in der der Grundgedanke „Amerika den Amerikanern“ am erstenmal vortrug wurde. „Amerika“ bedeutet nicht, die Vorkämpfer der Kraft „Amerika“ weiter noch keine Nachfolger haben der Doktrin die Auslegung gegeben, daß die Fortdauer europäischer Kolonialverhältnisse auf dem amerikanischen Kontinent unzulässig ist und den Interessen der Vereinigten Staaten sei. Politisch Erneuerungen solcher Gebiete sollten verhindert werden. Gerade das dem 2. Dezember 1823 folgende Jahr hat die Welt in einem großen Kampf gesehen, um die amerikanische Unabhängigkeit zu bewahren, und eine Einmischung der Union in sie ist gar nicht in Frage gekommen. Monroes Manifest bezog sich vielmehr auf gewisse englische Pläne, jene antipolitischen Bewegungen zu unterstützen, um selbst Fuß in bis dahin noch nicht englischen Gebieten zu setzen.

Das freilich über der Wortlaut der Doktrin hinaus allezeit Befreiungen gewährt haben, auch die älteren Befreiungen der Europäer im guten oder mit mehr oder weniger launlich Zwänge zu erziehen, hat eine hundertjährige Erfahrung zur Gewißheit erbracht. Die brutalsten Methoden, den offenen Krieg, haben die letzten Männer der Union angewandt, um Spanien aus Kuba und Puerto Rico hinauszumwerfen. Der führende Mann, daß die Spanier an der Erschöpfung auf dem Kriegespfade „Amerika“ Schuld trügen, mußte herhalten, um eine Einmischung in die militärische Schwäche der europäischen Mächte zu begründen. Selbstverständlich der geschwungenen, den kubanischen Rebellen überseeisch angeführten Munition vorlag, als die „Maine“ im Hafen von Habana in die Luft flog, aber gar ein vorzeitiger Anschlag, ist nicht aufgeführt worden. Spanien hat in jenem Unglücksfall von dem Reichtum seines Reiches verloren, aber es eine große Zahl von Kaufleuten der Amerikaner von 25 Milliarden Dollars allein für Kuba zurückgewiesen hatte, bei dem ihm der Fortschritt von Puerto Rico wenigstens vorläufig verbürgt worden wäre. Dadurch, daß kein Sold es auf den Krieg ankommen ließ, hat es nicht bloß beide großen Antillen, sondern auch die Philippinen ergriffen.

### Die Ausgabe der Rentenmark.

Berlin, 3. Dezember. Die Festlegung der Rentenmark ist soweit vorgeritten, daß nun jetzt als Etappe auch auf dem Wege über Banken bezogen werden können.



